

STANDPUNKTE

Frühjahrsession 2023

Nationalrat



Inhalt

Datum	Nr.	Geschäft	Seite
8. März 2023	22.461	Pa. Iv. UREK-NR. Dringliches Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und von grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft	4
8. März 2023	22.060	Globale Umwelt 2023-2026. Rahmenkredit	5
		Zusätzliche Empfehlungen zu traktandierten Geschäften	6
		Empfehlungen für traktandierete Geschäfte gemäss separaten Listen	7

Impressum

UMWELTALLIANZ | ALLIANCE-ENVIRONNEMENT
Postgasse 15 | Postfach 817 | 3000 Bern 8
Telefon 031 313 34 33
www.umweltallianz.ch | info@umweltallianz.ch
Redaktion: Jonas Schälle, Anne Briol Jung

Behandlung

8. März 2023

[22.461](#)

Pa. Iv. UREK-NR. Dringliches Gesetz zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten und von grossen Vorhaben der Speicherwasserkraft

Einleitung

Der Teil zur Speicherwasserkraft wurde von der UREK-N aus der ursprünglich eingereichten Pa.Iv. gestrichen und auf die Diskussion zum Mantelerlass (EnG, StromVG) verschoben. Damit betrifft die ausgearbeitete Gesetzesvorlage nur mehr die Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten. Für deren Baubewilligung soll, sofern sie von nationalem Interesse sind und über eine rechtskräftige Nutzungsplanung verfügen, der Kanton zuständig sein. Ausserdem sollen Beschwerden nur mehr an das obere kantonale Gericht zulässig sein, es wird also eine Rechtsmittelinstanz übersprungen. Ein Weiterzug ans Bundesgericht soll nur noch bei Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung möglich sein.

Empfehlung

Die Umweltallianz empfiehlt, bei Art. 71c Abs.1 die Minderheit Clivaz (zusätzliche Produktion von 0.6 TWh als Begrenzung für die dringliche Regelung) anzunehmen und die Minderheit Jauslin (zusätzlich installierte Leistung von 600 MW) abzulehnen.

Begründung

Die Umweltallianz begrüsst grundsätzlich eine Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Auch die Windenergie muss ihren Beitrag dazu leisten. Zentral ist dabei eine frühzeitige Erhebung der Naturwerte in fachlich einwandfreier Qualität an den vorgesehenen Standorten, um Konfliktpotenziale mit Biodiversität und Landschaft zu vermeiden.

Ein abgekürztes Verfahren für Windparks, bei denen eine gewisse (wenn auch im Detail nicht ausreichende!) Abklärung der Naturwerte auf Ebene Nutzungsplanung bereits stattgefunden hat, ist mit Blick auf den Beschleunigungsbedarf als zeitlich begrenzte Massnahme akzeptabel. Das Gesetz darf jedoch nicht gesetzliche Regelungen auf lange Frist präjudizieren. Eine generelle Beschleunigung der Verfahren für erneuerbare Energien muss umfassender im Rahmen des Mantelerlasses oder einer separaten Beschleunigungsvorlage angegangen werden und muss auch Verbesserungen für die Phase der Projektierung mit einschliessen. Das vorliegende dringliche Gesetz leistet dies nicht. Es muss darum unbedingt auf jene rund 10 Projekte beschränkt bleiben, welche über eine rechtskräftige Nutzungsplanung verfügen oder demnächst über eine solche verfügen werden. Dem entspricht das von der Minderheit Clivaz vorgeschlagene Produktionsziel von 0,6 TWh, das mit dem Beschleunigungsgesetz erreicht werden soll. Ein höheres Ziel würde Druck auf die überstürzte Bewilligung weiterer Anlagen ausüben, die noch nicht über eine rechtskräftige Nutzungsplanung verfügen. Ein solches Vorgehen wäre auch der Akzeptanz der Windenergie wenig förderlich.

Kontakt

Pro Natura, Michael Casanova, michael.casanova@pronatura.ch, 061 317 92 29
SES, Nils Epprecht, nils.epprecht@energiestiftung.ch, 044 275 21 25

Behandlung**8. März 2023****22.060****Globale Umwelt 2023-2026. Rahmenkredit****Einleitung**

Mit dem Rahmenkredit «Globale Umwelt 2023-2026» beantragt der Bundesrat einen Verpflichtungskredit von insgesamt 197,75 Millionen Franken. Damit sollen hauptsächlich die finanziellen Mittel für die Beteiligung der Schweiz an der achten Wiederauffüllung des Globalen Umweltfonds (Global Environment Facility GEF) sichergestellt werden. Daneben enthält der Rahmenkredit kleinere Beiträge der Schweiz an die Wiederauffüllung des Ozonfonds sowie an zwei auf Anpassungsmassnahmen fokussierte spezielle Klimafonds. Im Ständerat wurde ein Kürzungsantrag deutlich mit 29:16 Stimmen abgelehnt.

Empfehlung

Die Umweltallianz unterstützt die bundes- und ständerätliche Vorlage. Sie empfiehlt, die Erhöhung des Verpflichtungskredits anzunehmen und die vorgeschlagene Reduktion wie der Ständerat abzulehnen.

Begründung

Der Globale Umweltfonds (Global Environment Facility) ist der Finanzierungsmechanismus aller grossen Umweltkonventionen und ist somit für deren effektive Umsetzung von zentraler Bedeutung. Mit der Unterzeichnung diverser Umweltkonventionen hat sich die Schweiz dazu verpflichtet, Entwicklungs- und Transitionsländer bei der Umsetzung ebendieser Konventionen zu unterstützen. Die entsprechenden finanziellen Mittel dafür fliessen in den GEF, welcher seit seiner Gründung 1991 über 5000 Projekte in den Schwerpunktbereichen Klima, Biodiversität, internationale Gewässer, Landdegradation und Chemikalien und Abfall finanziert hat.

Für die achte Wiederauffüllung des GEF (GEF-8) einigten sich die Geberländer darauf, Mittel im Umfang von 5,33 Milliarden US-Dollar zur Verfügung zu stellen, was einer Erhöhung von 32 Prozent gegenüber GEF-7 entspricht. Mit dieser Erhöhung reagiert die Staatengemeinschaft auf die zunehmende Dringlichkeit globaler Umweltprobleme. Sie war möglich insbesondere aufgrund signifikant höherer Beiträge der USA, Deutschland, skandinavischer Länder wie auch kleinerer europäischer Staaten wie den Niederlanden und Belgien. Die in der bundesrätlichen Vorlage vorgeschlagene Erhöhung des Schweizer Beitrags entspricht der durchschnittlichen Erhöhung aller Beitragszahlenden.

Die Auswirkungen globaler Umweltprobleme führen, insbesondere in Entwicklungsländern, zu enormen Kosten, an denen sich die Schweiz mit den anderen Geberstaaten beteiligen sollte. Jegliche Reduktionen des Verpflichtungskredits hätten zur Folge, dass die Schweiz erstmals ihren gemäss Lastenanteil berechneten Beitrag an den GEF nicht bezahlen könnte und würde ihren Einsitz im GEF-Exekutivrat gefährden. Dies würde dem Ansehen der Schweiz als glaubwürdige und zuverlässige Akteurin schaden und die Position der Schweiz in den internationalen Umweltverhandlungen schwächen.

KontaktWWF Schweiz, Dina Spörri, dina.spoerri@wwf.ch, 079 964 10 49

Zusätzliche Empfehlungen zu traktandierten Geschäften

22.3928	Mo. Ständerat (Salzmann). Stärkung der einheimischen Gemüseproduktion	Ablehnen
22.4280	Mo. APK-NR. Stärkung der organisatorischen Strukturen für eine politikkohärente Umsetzung der Agenda 2030	Annehmen
18.421	Pa. Iv. Jans. Verankerung standortgerechter landwirtschaftlicher Forschung (Abschreibung)	Annehmen

Empfehlungen für traktandierete Geschäfte gemäss separaten Listen**Parlamentarische Initiative 1. Phase**

21.431	Pa.Iv. Regazzi. Eidgenössische Räte. Auf Augenhöhe mit dem Bundesrat	Ablehnen
22.411	Pa. Iv. Prezioso. Fördern wir die Gratisbenützung öffentlicher Verkehrsmittel auf Gemeinde- oder Kantonebene	Ablehnen
22.412	Pa. Iv. Kamerzin. Bei aussergewöhnlichen Umständen vorübergehende Mineralölsteuererleichterungen ermöglichen	Ablehnen
22.436	Pa. Iv. Pasquier-Eichenberger. In der Werbung für Motorfahrzeuge auf Alternativen aufmerksam machen	Annehmen
22.450	Pa. Iv. Suter. Klimaziele im Verkehr erreichen. Keine Neuwagen mit Verbrennungsmotoren mehr ab 2035	Annehmen

Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI

21.3159	Mo. Pasquier-Eichenberger. Vorsorgliche Verteilung von Jodtabletten an die gesamte Bevölkerung	Annehmen
-------------------------	--	-----------------

Parlamentarische Vorstösse aus dem EJPD

21.3255	Mo Buffat. Keine Ausweitung des Flüchtlingsbegriffs über Umwege	Ablehnen
-------------------------	---	-----------------

Parlamentarische Vorstösse aus dem UVEK

22.3336	Mo. Christ. Mehr Energieunabhängigkeit durch weniger Energieverschwendung. Energieeffizienzpotenzial ausschöpfen	Annehmen
22.3632	Mo. Schaffner. Aktionsplan zur Förderung innovativer und klimaneutraler Mobilitätsangebote	Annehmen
22.3640	Po. Candinas. Raumplanerische Bedingungen für Anlagen im Einkaufs-, Freizeit- und Tourismusbereich verbessern	Annehmen
22.3641	Mo. Munz. Verbot bleihaltiger Munition	Annehmen
22.4021	Po. Fraktion RL. Erhalt der bestehenden Kernkraftwerke als langfristige Option gegen eine Stromlücke	Ablehnen
21.3077	Mo. Grin. Eine nationale Sensibilisierungs- und Präventionskampagne in Zusammenarbeit mit den Kantonen gegen die derzeitige Plage, das Littering	Annehmen
21.3101	Po. Walder. Den im Ausland verursachten CO2-Fussabdruck verringern	Annehmen
21.3119	Po. Molina. Klimaschutz und Kryptowährungen. Energieeffiziente Blockchain-Technologien fördern	Annehmen

Parlamentarische Vorstösse aus dem WBF

21.3037	Mo. Wettstein. Deklaration «Schweizer Fleisch» und «Schweizer Eier» nur bei überwiegend inländischer Futterbasis	Annehmen
21.3087	Mo. Badertscher. Verbindliches Nachhaltigkeitskapitel in Freihandelsabkommen	Annehmen
21.3088	Mo. Badertscher. Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien. Mehr Mittel für den Kapazitätsaufbau	Annehmen
21.3371	Mo. Grosse Jürg. Mieterinnen und Mieter sollen Elektroautos laden können	Annehmen

UMWELTALLIANZ

Kurzporträt

Die Umweltallianz ist ein loser Zusammenschluss der vier grossen Schweizer Umweltorganisationen mit dem Ziel der optimalen Koordination der politischen Aktivitäten. Die Geschäftsstelle der Umweltallianz ist in Bern.

Umweltallianz, Postgasse 15, Postfach 817, 3000 Bern 8
Telefon 031 313 34 33, info@umweltallianz.ch

Mitglieder

Pro Natura

Pro Natura, Postfach, 4018 Basel
T 061 317 91 91
www.pronatura.ch

VCS

VCS, Aarberggasse 61, Postfach 8676, 3001 Bern
T 031 328 58 58
www.verkehrclub.ch

WWF

WWF Schweiz, Postfach, 8010 Zürich
T 044 297 21 21
www.wwf.ch

Greenpeace

Greenpeace, Postfach, 8031 Zürich
T 044 447 41 41
www.greenpeace.ch

Kooperationspartner

Schweizerische Energie-Stiftung SES

SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich
T 044 275 21 21
www.energiestiftung.ch

BirdLife Schweiz

BirdLife, Wiedingstrasse 78, Postfach, 8036 Zürich
T 044 457 70 20
www.birdlife.ch

Alpen-Initiative

Alpen-Initiative, Hellgasse 23, 6460 Altdorf UR
T 041 870 97 81
www.alpeninitiative.ch

Naturfreunde Schweiz

Naturfreunde Schweiz, Postfach, 3001 Bern
T 031 306 67 67
www.naturfreunde.ch

Umweltrating

Die Umweltallianz analysiert jährlich, wie umweltfreundlich Parlamentarierinnen und Parlamentarier abstimmen, siehe www.umweltrating.ch. Grundlage bilden die in den Standpunkten beschriebenen Geschäfte.